

Antrag

öffentlich

Datum	Nummer
19.09.2014	A0150/14

Absender

Fraktion DIE LINKE/GartenparteiSR René Hempel, SR Dennis Jannack, SR Chris Scheunchen,
SR´in Jenny Schulz

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

02.10.2014

Kurztitel

Konzept für dezentrale Unterbringung einschließlich sozialer und
gesundheitlicher Betreuung von AsylbewerberInnen und geduldeten
MigrantInnen**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sicherzustellen, dass bis zum 31.01.2015 alle Magdeburger Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie geduldeten Migrantinnen und Migranten, Kontingentflüchtlinge, Spätaussiedler und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach §25 Abs.5 AufenthG dezentral untergebracht sind.

Dazu wird der Oberbürgermeister beauftragt, unter Einbeziehung der Betroffenen, der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, der Wohnungsbaugenossenschaften, migrationspolitischer Vereine der Stadt und des Ausländerbeirates ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, in dem u. a. auch die weitere soziale und gesundheitliche Betreuung berücksichtigt wird, und dieses dem Stadtrat vorzulegen.

Begründung:

Die in den vergangenen Wochen geführte öffentliche Debatte hat der Stadt Magdeburg geschadet. Einmal mehr zeigte sich, dass es keine Willkommenskultur in dieser Stadt gibt. Es gibt ausreichend Wohnraum in dieser Stadt, der sich in einem guten Zustand befindet. In besonderem Maße ist hierbei, dass kommunale Unternehmen Wobau in der Pflicht, welches durch sein großes und breites Angebot an Wohnraum in der gesamten Stadt am ehesten in der Lage ist, diese Aufgabe zu bewältigen.

Die bisherige Unterbringung in Asylbewerber- bzw. Übergangwohnheimen, führt zu Entmündigung und Unselbständigkeit der Bewohner. Hinzu kommt ein absoluter Mangel an Rückzugsmöglichkeiten. Kontrollmaßnahmen vermitteln den Betroffenen das Gefühl des Ausgeliefertseins. Diese Umstände verursachen erhebliche Spannungen sowie physische und psychische Beeinträchtigungen. Die zentrale Unterbringung verschärft den Zustand der ohnehin vorhandenen teilweise jahrelangen Unsicherheit, in dem diese Menschen leben. Sie ist mit der Würde des Menschen und auch grundlegenden Prinzipien des Sozialstaats kaum vereinbar.

René Hempel
StadtratDennis Jannack
StadtratChris Scheunchen
StadtratJenny Schulz
Stadträtin